

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5369

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5369



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 7. September 2025

Inhalt

Besinnung auf das Wesentliche.....	2
5. September 2025, Marianne Wüthrich.....	2
«Üben kommt in der öffentlichen Schule schmerzhaft zu kurz».....	5
Tages-Anzeiger, 30. August 2025, Gesellschaft & Wissen, Alexandra Kedves.....	5
Die Hauptaufgabe des Lehrers ist Lehren.....	7
NZZ, 25. August 2025, Meinung & Debatte, Sebastian Briellmann.....	7
Frühfranzösisch ist passé.....	10
NZZ, 2. September 2025, Zürich, Robin Schwarzenbach.....	10
Nach Zürichs Nein zum Frühfranzösisch will Baume-Schneider Gesetz ändern.....	13
Tages-Anzeiger 2. September 2025, Politik & Wirtschaft, Markus Brotschi.....	13
Frühfranzösisch bringt nichts.....	15
Tages-Anzeiger, 21. August 2025, Forum, Leserbrief.....	15
Qualität vor Quantität.....	16
Tages-Anzeiger, 4. September 2025, Forum, Leserbrief.....	16
«Schon beim Schnuppern wusste ich: Das ist es».....	17
Tages-Anzeiger, 19. August 2025, Politik & Wirtschaft, Fabienne Riklin.....	17
Die höhere Berufsbildung wird unterschätzt.....	19
NZZ, 14. August 2025, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Rudolf Strahm.....	19
«Die Bürokratie dominiert zunehmend».....	22
NZZ, 16. August 2025, Schweiz, Mathias Binswanger.....	22
Veranstaltungshinweis.....	26
Geboren im falschen Körper? Geschlechtsdysphorie bei Kindern und Jugendlichen....	26
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mi. 24. September 2025, 18:30.....	26



Besinnung auf das Wesentliche

5. September 2025, Marianne Wüthrich

Bevor wir uns dem sensationellen Entscheid des Zürcher Kantonsrats zuwenden, dass Französisch künftig erst in der Oberstufe auf dem Lehrplan stehen soll, widmen wir uns zuerst der grundsätzlichen Frage, worum es denn in der Schule eigentlich geht. «Um das Lernen», sagt der Pädagoge Carl Bossard im Tages-Anzeiger-Interview, «um das wirklich bildungswirksame Lernen». Unermüdlich erklärt er jedem, der es hören will, was das beinhaltet: «systematisches Aufbauen und Verstehen; Konsolidieren durch Festigen und Üben; und schliesslich Anwendungsaufgaben stellen, um zu sehen, ob das Gelernte richtig verstanden und verinnerlicht wurde.» Von den reichlich unbedarften Einwüfen der Journalistin – «geistloser Drill», «endloses Rechenblätterlösen» usw. – lässt sich der erfahrene Lehrer nicht erschüttern. Er bleibt dabei, dass ohne Fundament weder verstehendes Lesen noch selbständiges Denken möglich ist, und dass Lernen und Üben viel Zeit brauchen. Deshalb muss der Lehrplan 21 notwendigerweise abgespeckt werden, vor allem die Frühfremdsprachen. Der Autor kritisiert die Pädagogischen Hochschulen, welche unter dem Schlagwort «vom Lehren zum Lernen» die zentrale Bedeutung des Lehrers und seines Unterrichts in Frage stellen und stattdessen die Autonomie des Kindes als Ausgangspunkt propagieren, obwohl diese in Wirklichkeit erst Ziel des Lernens sein kann.

In eine ähnliche Richtung geht Sebastian Briellmann in seinem Kommentar in der NZZ. Es ist eine besondere Freude, dass ein junger Journalist eine «Rückbesinnung der Schule aufs Wesentliche» fordert, nämlich «auf einen Unterricht, in dem der Lehrer der Chef ist und entscheidet, welches Wissen vermittelt wird.» Damit dies in Ruhe möglich wird, fordert Briellmann ein durchlässigeres System als die Integration aller mit ihren zahlreichen Sondersettings, Lerninseln und anderem mehr. Statt der heute üblichen «Überdiagnostizierung» der Kinder, die manchmal in Sonderschulen landen, wo sie gar nicht hingehören, verlangt er wie viele Lehrer, Eltern und kantonale Parlamente Förderklassen für Kinder, die mehr Zeit brauchen, um die Lernziele zu erreichen.

Unseren Lesern sind diese Erkenntnisse des erfahrenen Pädagogen und des jungen Journalisten nichts Neues, aber wenn wir das aufgeregte Gegacker um die Verschiebung des Französischlernens auf die Oberstufe im Kanton Zürich und anderswo hören, tut ein Innehalten und Besinnen auf den Kern des Lernens not.

Französischlernen in der Sekundarschule – aber richtig!

Unser Kollege Hans-Peter Köhli bringt es in seinem Leserbrief auf den Punkt: «Das Frühfranzösisch an der Primarschule bringt null und nichts und belegt auf der Stundentafel wertvolle Lektionen, die dafür eben im Deutsch fehlen.» In diesem Sinne hat der Zürcher Kantonsrat am 2. September mit 108 zu 64 Stimmen deutlich der Verschiebung des Faches Französisch auf die Oberstufe zugestimmt. Die Mehrheit der deutschsprachigen Kantone haben diesen Schritt schon früher getan oder sind dran.

Wer behauptet, der Zürcher Beschluss schade dem nationalen Zusammenhalt, geht darüber hinweg, wie «wirklich bildungswirksames Lernen» geht. Seit Jahren ist bekannt, dass die Theorie vom



«Sprachbad» praktisch nur dann funktioniert, wenn Kinder über längere Zeit in einer französischsprachigen Umgebung sind und dort aktiv französisch hören, lesen, sprechen und möglichst auch schreiben. Idealerweise natürlich in einer zweisprachigen Familie (in meiner Gymiklasse hatten wir zwei bilingue Mitschüler, auf die wir verständlicherweise neidisch waren, weil ihr Niveau für jeden anderen unerreichbar war, jedenfalls solange er nicht die Gelegenheit hatte, über lange Zeit im Sprachgebiet zu leben). Für alle anderen könnten längere Sprachaufenthalte mit Teilnahme am Schulunterricht oder regelmässige Besuche in französischsprachigen Familien mit gemeinsamen Gesprächen und Lesestunden oder ähnliches ein «kleines Sprachbad» werden. Aber für die grosse Mehrheit der Kinder sicher nicht in der Primarschule, wo sie, vor allem auch die vielen Fremdsprachigen, dringend zuerst einmal genug Zeit brauchen, um Deutsch zu lernen.

Wer weiss, wie Lernen funktioniert, dem ist sonnenklar: Die paar Französischstunden in der Primarschule schaffen in den Köpfen der meisten Kinder mehr Verwirrung als Sprachkenntnisse, so dass sie nicht einmal imstande sind, in der Romandie ein Mineralwasser zu bestellen. Deshalb sollten wir die Zeit gescheiter zum intensiven Deutschlernen verwenden. Und dann, in der Sekundarschule, ohne Vorbelastung durch das entmutigende Erlebnis, in den Franz-Stunden nichts Rechtes gelernt zu haben, könnten die Jugendlichen ganz vorne anfangen. Und zwar in einem geführten und strukturierten Unterricht, mit einer Lehrerin, die selbst die Sprache sehr gut beherrscht und ihrer Klasse den Aufbau der französischen Sprache und die Schönheiten der französischen Kultur näherzubringen weiss. Gegen Ende der Oberstufe, wenn die Schüler schon einige Grundkenntnisse haben und sich ein wenig verständigen können, wäre dann ein Sprachaustausch kein Frust, sondern wirklich «de Plausch». Nur so trägt der Französischunterricht zum Zusammenhalt und zum gegenseitigen Verständnis bei, was unbedingt zu fördern und zu unterstützen ist.

Wollen wir unserer Jugend diese Chance nicht ermöglichen, statt zu jammern und mit dem Eingreifen des Bundes zu drohen?

Dem dualen Berufsbildungssystem Sorge tragen

Als alte Berufsschullehrerin kann ich's nicht lassen, das Thema aufzugreifen. In der Schweiz entscheiden sich nach wie vor über 60 Prozent der Jugendlichen für eine Berufslehre, ist im Tagi zu erfahren. Wenn man liest, wie drei junge Menschen von ihrem Lehrbeginn erzählen, geht einem das Herz auf. «Älteren Menschen etwas Gutes zu tun, macht mir Freude», sagt Elin Stalder, die ihre Lehre als Fachfrau Gesundheit in einem Alterszentrum im Sommer begonnen hat. Sie fährt fort: «Mein Urgrosi habe ich oft im Altersheim besucht und die Zeit dort mit ihr immer sehr genossen. Aber ich habe auch Respekt davor, wenn die erste Person aus dem Allmendguet stirbt, die mir ans Herz gewachsen ist.» So spricht eine 15Jährige! Eine Solarinstallateurin erinnert sich daran, wie hart die ersten Wochen in der Lehre waren: «Der Bruch zwischen Schule und Lehre ist ziemlich abrupt.» Das habe ich bei vielen meiner früheren Schüler gehört – aber sie rappelten sich wieder auf und meisterten ihren Alltag und ihr Leben. So auch die junge Rebeca Barcenás Perez, die ihren Abschluss gut schaffen will, mit dem Ziel, eine eigene Firma zu gründen: «Vielleicht auch in Spanien, der Heimat meines Vaters. Dort gibt es noch eine Menge Dächer ohne Panels.» Einen Einblick in die gute Durchlässigkeit unseres Schulsystems gibt der junge Automobilfachmann Leandro Schlatter. Er hat, weil er mit dem Schulunterricht Mühe hatte, zuerst eine zweijährige Lehre gemacht und mit dem Berufsattest abgeschlossen. Jetzt kann er zwei Jahre anschliessen, um das eidgenössische



Fähigkeitszeugnis doch noch zu erreichen. Und weil er als Autoliebhaber gerne schnell fährt, rast er nicht über die Autobahn, sondern spart für einen geeigneten Wagen und rüstet ihn für die Rennstrecke auf, nach dem Ratschlag seines Vaters: «Wenn du Gas geben möchtest, dann geh dorthin.» Auch das ist unsere Jugend!

Aus Wertschätzung für das wichtige und hochdifferenzierte duale Bildungswesen der Schweiz bieten wir Ihnen zum Abschluss zwei Artikel zur höheren Berufsbildung an. Thema des ehemaligen SP-Nationalrates und eidg. Preisüberwachers Rudolf Strahm ist die höhere Berufsbildung HBB. Sie umfasst über 440 verschiedene Studien, fast 30'000 Absolventen haben letztes Jahr einen solchen Abschluss gemacht. Gemäss Umfragen sind sie die meistbegehrten Fachkräfte und stellen das «tragende mittlere Kader für die KMU-Wirtschaft». Denn sie bringen von der Berufslehre «die praktischen Fähigkeiten von der Pike auf» mit und von der höheren Berufsbildung das höhere technische Fachwissen. Deshalb weisen sie die tiefsten Arbeitslosenquoten und die höchsten Beschäftigungsquoten auf. Trotz all dieser Vorteile fehle den HBB-Absolventen die internationale Vergleichbarkeit ihrer Titel, kritisiert Rudolf Strahm. Damit ihre Abschlüsse als gleichwertig anerkannt werden wie die akademischen, will der Bundesrat nun die Titel «Professional Bachelor» und «Professional Master» einführen, mit Zustimmung aller Wirtschaftsverbände, aber zum Missfallen von Swissuniversities, dem Verein der Schweizer Hochschulen. Strahm bezeichnet diesen Widerstand als Standesdünkel. Das kann schon sein. Trotzdem leuchtet mir nicht recht ein, warum unsere besten und gefragtesten Berufsleute sich unbedingt mit den Allerweltstiteln aus dem fragwürdigen Bologna-Prozess schmücken wollen. Offensichtlich wissen die Personalchefs der Schweizer Unternehmen auch ohne diese Neuerung, wo sie die guten Fachleute finden.

Zum Schluss eine anspruchsvolle Analyse des Schweizer Bildungs-Zustands des Ökonomen Mathias Binswanger, die einigen Grund zum Nachdenken gibt. Unter anderem rechnet Binswanger mit der Kompetenzorientierung des Lehrplan 21 ab: Dass Kompetenzen für die Wirtschaftswelt wichtiger sein sollen als Wissen, sei ein «fundamentaler, ja gefährlicher Irrtum»: «Wenn ich (aber) nichts weiss, keine Fakten im Gehirn habe, die ich abrufen kann, dann kann ich nicht sinnvoll denken. Dass Wissen vernachlässigt, dessen Wichtigkeit heruntergespielt wird, weil man ja alles nachschauen kann: Das führt zu Pseudo-Kompetenzen, die mehr Schein als Sein sind.» Wie Rudolf Strahm kommt Binswanger zum Schluss, dass die höhere Berufsbildung nicht immer genügend gewürdigt wird, aber von einem anderen Ansatz her. Weil aus unseren Schulen immer mehr Leute mit schlechteren Leistungen kommen, glaube man, für ausgeschriebene Stellen immer höhere Qualifikationen verlangen zu müssen. Damit bewirke man, dass junge Menschen mit guten handwerklichen oder technischen Fähigkeiten unbedingt studieren wollen. Wir müssten wieder die gute Leistung honorieren, nicht eine wohlklingende Weiterbildung, hält Mathias Binswanger fest.

Also doch nicht auf die Master- und Bachelor-Etiketten starren, sondern den Menschen mit seinen Fähigkeiten und seiner Lebens-Bildung sehen.

Nun wünsche ich Ihnen viel Freude beim Stöbern in den aktuellen Texten.

Marianne Wüthrich



«Üben kommt in der öffentlichen Schule schmerzhaft zu kurz»

Tages-Anzeiger, 30. August 2025, Gesellschaft & Wissen, Alexandra Kedves

Bildungskrise • Sinkende Deutsch-Noten, Angst vor Mathematik: Pädagogikexperte Carl Bossard fordert einen effektiveren Unterricht. Das Kerngeschäft der Schule, das Lernen, sei ob all der Reformen vergessen gegangen. Und er hat weitere Vorschläge.

Carl Bossard (75) war Lehrer mit Leib und Seele. In den Nullerjahren prägte er als Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug die hiesige Bildungslandschaft, gearbeitet hat er in seinem Leben auch als Primarlehrer, Sekundarlehrer, Gymnasiallehrer und als Rektor von Kantonsschulen. Doch wenn er als Experte (nicht nur als Grossvater) betrachtet, was seit einiger Zeit in den Klassenzimmern los ist, dann sorgt er sich um die Zukunft heutiger Jugendlicher.

Die Fähigkeiten im Fach Deutsch sind in deutschsprachigen Kantonen im Sinkflug, vom Französischdebakel oder der «Mathemisere» ganz zu schweigen. Im Steigen begriffen sind dafür die Klagen über die Situation im Klassenzimmer. Aus Ihrer Sicht als einer, der lange für die Lehrerausbildung verantwortlich war - was ist da los, Herr Bossard?

Egal, von welcher Seite aus man auf das System Schule schaut - als Lehrperson, als Elternteil, als jemand, der Lehrer ausbildet, ja sogar als Schüler -, man nimmt wahr, dass etwas im Argen liegt. Vom Schweizer Lehrerverband LCH kommt viel zu schnell der Ruf nach mehr Ressourcen, mehr Personal. Aber das ist meiner Meinung nach nicht der springende Punkt.

Was verursacht die Schieflage?

Mit den grossen Reformen kam der einseitige Fokus auf die Makrostrukturen, die Organisation. Dabei ging vergessen, worum es in der Schule eigentlich geht: um das Lernen, das wirklich bildungswirksame Lernen. Vor lauter Konzentration auf umfassende Themen wie die Totalintegration praktisch aller Kinder ging das unter. Das hat Auswirkungen auf alle Fächer, nicht nur auf das Fach Deutsch.

Wie geht denn «bildungswirksames Lernen»?

Grundsätzlich gesprochen: Es braucht Zeit. Tatsächlich sogar viel mehr Zeit, als man dem Aufbau der einzelnen Lerninhalte heutzutage einräumen kann. Ich spreche von den «Mikroprozessen des Lernens», wie sie der Basler Lernforscher Gerhard Steiner schildert: systematisches Aufbauen und Verstehen; Konsolidieren durch Festigen und Üben; und schliesslich Anwendungsaufgaben stellen, um zu sehen, ob das Gelernte richtig verstanden und verinnerlicht wurde. Ganz wichtig ist zudem das Feedback des Lehrers, die Rückmeldung. Lernprozesse brauchen ein vitales Vis-à-vis; sie sind etwas Interpersonales.

Das klingt buchstäblich nach alter Schule. Doch gerade das endlose Rechenblätterlösen oder das Diktatschreiben von früher wurde ja unter den Generalverdacht des geistlosen Drills und der autoritären Knechtung gestellt.

Das ist eben ein Missverständnis. Üben befreit: Erst, wenn ein Fundament wie das Rechnen oder das verstehende Lesen vorhanden ist, kann man weiter aufbauen. Es braucht Kohärenz. Leider



haben wir an den pädagogischen Hochschulen teilweise Einseitigkeiten propagiert. Der Slogan lautete in den letzten Jahren ganz undifferenziert «Vom Lehren zum Lernen». Dabei ist es doch so, dass die Autonomie des Kindes ja nicht der Ausgangspunkt sein kann, sie ist das Ziel. Das Dialektische des Unterrichtens fiel unter den Tisch - damit meine ich das Zusammenspiel der Mikroprozesse und die Inspiration durch die Interaktion mit dem Lehrer.

Führt Üben nicht zum viel zitierten «Ablöschen», zum «Schulverleider»?

Im Gegenteil. Wir wissen, dass selbst intelligente Kinder Mühe mit den Grundfertigkeiten im Rechnen und Lesen bekunden, wenn niemand mit ihnen übt. Ich kenne so manche Eltern, die mit ihren Kindern wiederholen - regelmässig. Nicht selten wird das Vertiefen gar an private Nachhilfeinstitute delegiert. Denn in der öffentlichen Schule kommt das Konsolidieren schmerzhaft zu kurz. Und ohne die Grundfertigkeiten fehlt der Boden, um verstehendes Lesen und selbstständiges Denken überhaupt zu entwickeln.

Sie meinen also, unsere Demokratie braucht Bürger und Bürgerinnen, die das beherrschen.

Nur so, durch die Mikroprozesse des Lernens, entsteht, was fundamental und in Zeiten von Fake News, KI und Chat-GPT unabdingbar ist: Bildung als «Unverführbarkeit», wie der deutsche Philosoph Hans Blumenberg sagte.

Verstärkt autonomes Lernen in der Schule die Chancengerechtigkeit im Schulsystem?

Absolut. Die Chancengerechtigkeit ist ohnehin ein Problem, und dadurch, dass Üben ein Fremdwort geworden ist, haben sich die Unterschiede in den Chancen noch verschärft. Gerade lernschwächere Kinder kommen bei mangelndem Üben in der Schule unter die Räder, und genau diese haben ausserdem oft niemanden, der sich ausserschulisch darum kümmern kann, dass sie üben.

Dafür macht die Schule ihre Schützlinge mit vielen neuen Entwicklungen vertraut. Sie ist gegenwärtiger als früher, ist das nicht positiv?

Die Schule von heute muss Kinder flexibel machen, bereit für eine Welt im permanenten Wandel. Aber das geht nur, wenn sie sich zuerst ganz unflexibel den Grundlagen widmen und ein solides Fundament haben. Zu viele Fächer wirken kontraproduktiv.

Das klingt ein wenig altmodisch.

Das darf es. Beginnen müssen wir ganz unflexibel, erst das macht uns zukunftstauglich. Also: Das Gelesene in eigenen Worten wiedergeben und damit die sprachliche Ausdrucksfähigkeit trainieren, kohärentes Schreiben einüben, grundlegendes Zahlenverständnis üben und immer wieder anwenden. Das schult gleichzeitig logisches Denken. Dazu gehört auch das Musisch-Kreative. Mit alldem schafft man die Basis und gewinnt die Fähigkeit zu Aufmerksamkeit und Ausdauer. Man lernt, sich konzentriert einer Sache zu widmen und sich nicht ablenken zu lassen.

Werden in Zeiten von Chat-GPT und anderer KI Grundkenntnisse in dieser Form nicht obsolet?

Im Gegenteil! Für den mündigen Umgang mit diesen Techniken sind die Fundamente essenziell. Und um dies zu erreichen, muss man den Lehrplan umbauen.

Was würden Sie daran ändern?

Erstens: den Lehrplan 21 entschlacken zugunsten von mehr Üben der Grundfertigkeiten. Wer die



Fachinhalte ausdehnt, minimiert die Übungszeit, beides lässt sich nicht gleichzeitig maximieren. Darunter leiden vor allem der Kernbereich Rechnen und die Kulturtechniken Lesen und Schreiben. Der Lehrplan ist überladen: 470 Seiten, 363 Kompetenzen, 2304 Kompetenzstufen. Peter Bichsels Lehrplan als Primarlehrer damals umfasste ganze 20 Seiten!

Ein heisses Eisen: Was würden Sie streichen?

Zum Beispiel die zwei frühen Fremdsprachen der Primarschule; lernschwächere Kinder sind damit überfordert. Wenn überhaupt eine Fremdsprache, dann aus staatspolitischen Gründen in der Deutschschweiz ab der fünften Klasse Französisch und, in Analogie dazu, Deutsch in den welschen Kantonen. Englisch lernen die Kinder eh. Bei «Natur, Mensch, Gesellschaft» würde ich die vielen hektisch angerissenen Minithemen wie beispielsweise Schokolade oder Uniformen reduzieren, dafür mehr fokussieren auf zusammenhängende Bereiche wie etwa historisches Verständnis. Nicht alles braucht ein eigenes Fach; Medienkompetenz kann man integriert trainieren. Weniger ist mehr.

Das würden Sie also streichen. Was würden Sie sonst ändern?

In der heutigen Organisation des integrativen Unterrichtsalltags haben wir zu viele Störungen und Diskontinuitäten; so bleiben die Lernprozesse unvollständig, wie gesagt, das Üben und Anwenden fehlt oder wird unterbrochen. Die so notwendige Kontinuität im Unterricht, die den Lernprozess erst ermöglicht, ist verschwunden. Das führt zum schnellen Vergessen. Das Lernen wird ineffizient, das wissen wir aus der Forschung. Hier wäre der Fokus zu setzen.

Was heisst das konkret?

Die Integration aller ist nicht die Voraussetzung für gutes Lernen. Sie ist das Ziel - auf das gewisse Kinder temporär allenfalls in einem anderen Setting, einer Förderklasse beispielsweise, vorbereitet werden, wenn auch im selben Schulhaus. Das ist keine Diskriminierung, sondern echte Chancengerechtigkeit. Für alle.

Carl Bossard Ehemaliger Lehrer, Publizist zu pädagogischen und bildungspolitischen Fragen

Die Hauptaufgabe des Lehrers ist Lehren

NZZ, 25. August 2025, Meinung & Debatte, Sebastian Briellmann

Es braucht eine Rückbesinnung auf das Wesentliche. Die Befürworter der integrativen Schule wollen Kinder wie Erwachsene behandeln und überfordern damit alle. Von Sebastian Briellmann

Die Schule hat sich in diesem Jahrtausend gewandelt in eine Einrichtung, in der bereits in frühen Jahren sämtliche Unzulänglichkeiten der Welt erlernt werden sollen. Wissen ist kaum mehr gefragt, richten sollen es «Kompetenzen». Damit die Kinder, die später in die Welt der Erwachsenen eintreten werden, sich schon als Primarschüler adult verhalten. Hat davor die Überzeugung dominiert, dass im Klassenzimmer unterrichtet, konkret: etwas gelehrt wird, soll heute bereits ein Primarschüler auf sogenannte Resilienz getrimmt werden. Ein Wort, das gut klingt, aber beliebig interpretiert werden kann. Die Bildungsreformer verstehen es offensichtlich so, dass auch ein Siebenjähriger



bereits Verantwortung für sein Handeln übernehmen soll, beispielsweise mit «selbstorientiertem Lernen».

Dass die Verantwortung für den Bildungserfolg von den Erwachsenen, vor allem den Lehrern (und in Teilen auch den Eltern), auf das Kind abgeschoben wird, ist ein pädagogischer Sündenfall. Ein Fall auch von Hybris. Viele Lehrer glauben, dass eine Übertragung dieser Verantwortung möglich ist. Und die Bildungsexperten haben längst durchgesetzt, dass ein Lehrer nicht mehr eine Autorität verkörpert, sondern maximal begleitet (und danach das Klassenzimmer aufräumt).

Das Niveau sinkt

Dass das zielführend ist, hat sich als Illusion herausgestellt. Die Abkehr des Lehrens führt beim Lernen zu schlechten Resultaten. Das zeigen aktuelle Checks aus der Nordwestschweiz, die Vergleichstests in den Kantonen oder die letzte Pisa-Studie. Das Niveau sinkt, teilweise drastisch, einfache Aufgaben werden zum Problem. Ein Viertel der 15-Jährigen etwa hat eine Leseschwäche, wie das beschönigend genannt wird. Wie soll man in anderen Fächern bestehen, wenn man kaum eine Aufgabe interpretieren kann?

Der Bildungsforscher Stefan Wolter hat es in der NZZ auf den Punkt gebracht: «De facto sind wir in der Schweiz alle schlechter geworden.» Obschon «so viel wie nie zuvor» in die Bildung investiert wird – und immer mehr Menschen einen tertiären Abschluss besitzen.

Das führt aber nicht dazu, dass das System hinterfragt wird, lieber wird am bestehenden herumgeschraubt. Entstanden ist ein Überfluss an kleinteiligen Angeboten. Für jedes Kind ein Sondersetting, eine Lerninsel, eine eigene Logopädin. Dass das, vornehm formuliert, nicht gerade leistungsstimmend wirkt: wird nicht gerne erwähnt. Wenn man nur fest daran glaubt, wird es irgendwann gelingen? Nur so kann erklärt werden, dass die integrative Schule in Bildungskreisen immer noch verklärt wird, obschon das System längst (politisch) angezählt ist. Und an der Wirklichkeit gescheitert. Man muss immer wieder die Sendung «Reporter» des Schweizer Fernsehens erwähnen: Eine Basler Lehrerin, keine natürliche Gegnerin von Chancengleichheit, klagte über Überforderung, ständige Unruhe. Es war ein Hilferuf. Ihre Klasse hatte 18 Schüler. Und 17 davon hatten mindestens ein Sondersetting.

Die «Überdiagnostizierung» der Kinder ist nicht neu. Die Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm hat schon vor fünf Jahren geschrieben, dass mehr als die Hälfte der Schulkinder in Therapien geschickt würden. Solche Diagnosen, egal ob sie richtig oder falsch seien, pathologisierten, und die Therapien stigmatisierten. «Kinder möchten jedoch normal sein.» Die Gesellschaft sei jedoch auf dem besten Weg, «immer mehr normale in defekte Kinder zu verwandeln». Das prägt. Schüler wissen ganz genau, wer welches Sondersetting bekommt.

Dabei gäbe es die Chance auf Veränderung. Basel-Stadt hat im letzten Jahr als erster Kanton die Wiedereinführung von Förderklassen auf das eben gestartete Schuljahr beschlossen. Eine einzige wird es geben. Es ist nicht die oben erwähnte. Dabei gäbe es genügend Brennpunktschulen, an denen Förderklassen sinnvoll wären. Schulleitungen und die Lehrer, die das gemeinsam entscheiden können, wollen das aber nicht. Sie glauben weiterhin an die Utopie. Es mag gut gemeint sein, so gut wie möglich auf jedes einzelne Kind einzugehen und alle dabei mitnehmen zu wollen, aber die



Wahrheit ist eine andere. Die Schüler sind noch mehr auf sich alleine gestellt: Weil sie individuell ihre Aufträge erledigen müssen – weil der Fokus auf die besonders Verhaltensauffälligen gelegt werden muss.

Und was, wenn der Schüler nicht mehr weiterkommt? Die Lehrerin ist leider im Raum nebenan. Dass das eher demotiviert, müsste auch den Integrationsbefürwortern auffallen. Es ist der Pädagoge in Fleisch und Blut, der den Kindern vermittelt, was wichtig und bedeutsam ist. Nicht die Primarschüler wählen sich die Themen aus. Heute passiert das jedoch nicht nur willentlich, sondern auch aus der Not.

Abschaffung der Autorität

Der Jugendpsychologe Allan Guggenbühl hat einmal gesagt, dass es in der Schule nebst Wissen (und Kompetenzen) auch um einen «Anbindungsakt» gehe, um tatsächengestütztes, auch kulturell verhandeltes Allgemeinwissen. Wird das nicht vom Lehrer vermittelt – und bestenfalls in der Klasse gemeinsam besprochen –, wird auch Falsches zum Fakt. Guggenbühl hat ein anschauliches Beispiel genannt. Ein Schüler hat in einer selbständig erarbeiteten Internetrecherche bilanziert: «In Nordkorea leben die glücklicheren Bürger als in den USA!» Der Grund für diese Aussage: In kapitalistischen Ländern würden die Bürger durch raffgierige Manager ausgenützt, nicht jedoch in Nordkorea.

Auch wenn es für junge Menschen manchmal nichts Mühsameres gibt und der Frust verständlich ist: Es ist nicht nur schlecht, wenn eine ordnende Kraft – in diesem Fall der Lehrer – das eigene Denken, das eigene Handeln spiegelt, durchaus auch kritisch. Hannah Arendt hat schon 1958 in ihrem Aufsatz «Die Krise in der Erziehung» die Problematik, obschon selbst keine Pädagogin, präzise erfasst. Man könne nicht erziehen, ohne gleichzeitig zu lehren. Aber die Autorität der Erwachsenen sei abgeschafft worden.

Das führt zu einem Paradox. Obschon viel Verantwortung an die Kinder übertragen werden soll, wird weit über den Unterricht hinaus reglementiert. Im Kleinen zeigt sich das am Beispiel der Ernährung. In Basel fragt der schulärztliche Dienst die Eltern, ob ihre Kinder zu dick seien – und bedient sie bei dieser Gelegenheit auch gleich mit der Ernährungspyramide. Das ist nicht nur realitätsfern, sondern auch übergriffig. Formvollendet wird das in Zürich, in den «Ernährungsrichtlinien für Schulen», auf 24 Seiten. Essen, das schon, soll Spass machen (ohne Zwang!), aber alles ist bis ins Detail durchreglementiert: Desserts (klein!), maximal zweimal pro Woche – und jeweils nur zum Zmittag. Dabei soll auch nur in Ausnahmefällen ein Salzstreuer auf den Tisch gestellt werden.

Helfen und motivieren

Beim Essen nimmt wohl kein Kind grösseren Schaden. Gravierender wird es jedoch, wenn das betreute Erziehen am Ende mehr schadet als nützt, sogar der eigene Bildungserfolg gefährdet wird. Dabei ist die gemeinsame Erziehung, wenn man so will, die Essenz der modernen Schule. Wenn eine Schulklasse heterogen ist, so das Ziel, dann helfen und motivieren die starken Schüler ihren schwachen Gspänli. Alle ziehen mit. Dass das nicht funktioniert, ist längst erwiesen: Stören mehr als 20 Prozent der Schüler den Unterricht, leiden darunter alle. In der Wirklichkeit müssen die guten Schüler einen Gehörschutz tragen, damit sie sich konzentrieren können.



Die Welt ist nicht perfekt, auch in der Schule nicht, selbstverständlich gibt es Unzulänglichkeiten. Und es ist, unbestritten, eine Herkulesaufgabe, mit der veränderten Bevölkerungsstruktur so zurechtzukommen, dass im Klassenzimmer auch dann vernünftig gearbeitet werden kann, wenn viele Kinder der Sprache zu wenig oder kaum mächtig sind. Im Idealfall lernen sie Deutsch, bevor sie in die Regelklasse kommen.

Darum ist es unerlässlich, dass sich die Schulen wieder auf das Wesentliche konzentrieren können. Auf einen Unterricht, in dem der Lehrer der Chef ist und entscheidet, welches Wissen vermittelt wird. Damit dies in Ruhe geschehen kann, wäre ein durchlässigeres System wichtig. Durchlässigkeit bedeutet aber auch, dass Förderklassen mitbedacht werden – für Schüler, die die Lernziele etwas weniger schnell erreichen oder noch zu grosse Mühe haben, sich in einen Klassenverbund einzugliedern. Bei Integrationsklassen, in denen Geflüchtete ohne Sprachkenntnisse langsam ans Niveau von Gleichaltrigen herangeführt werden, klappt das ganz gut. Sicher, auch das ist eine Form von Unterscheidung, nicht ultimativ integrativ. Aber nachvollziehbar.

Solche Formen von Trennung entlasten nicht nur die Regelklassen, sondern auch die Sonderschulen, in die immer mehr Kinder geschickt werden, wenn es nicht mehr anders geht (obschon sie diese extremste Form der Separierung gar nicht brauchten). Auch das führt dazu, dass die Schule heute oft mit negativen Begriffen assoziiert wird: Belastung, Störung, Leistungsabfall.

Frühfranzösisch ist passé

NZZ, 2. September 2025, Zürich, Robin Schwarzenbach

Der Kantonsrat will die Fremdsprache in die Oberstufe verschieben – gegen den Willen von Bildungsdirektorin Silvia Steiner

«Medien und Informatik, Religion und Ethik, Englisch und Französisch in der Primarschule, alle benotet, alle prüfungsrelevant: Für viele Kinder ist das schlicht zu viel.» Es war ein bemerkenswerter Satz in einer bemerkenswerten Debatte. Der Zürcher Kantonsrat hatte am Montag über ein heisses Eisen zu befinden: Eine Motion verlangt, dass Französisch erst in der Oberstufe unterrichtet wird. Also ab der ersten Sekundarklasse oder im Langzeitgymnasium und nicht mehr ab der fünften Klasse in der Primarschule.

Der Satz war klar, ungeschminkt, er scherte sich nicht um politische Befindlichkeiten. Geäussert hatte ihn die Mitte-Politikerin Kathrin Wyder (Wallisellen), die Urheberin des Vorstosses. Ihre Motion richtete sich somit gegen die eigene Regierungsrätin, Silvia Steiner. Das kommt höchst selten vor. Normalerweise unterstützt die Kleinpartei (11 von 180 Sitzen im Parlament) ihre Bildungsdirektorin, wo sie nur kann.

Die Regierung windet sich

Doch bei dieser kapitalen Frage ist das anders. Steiner hatte sich vor dem Showdown mit der eigenen Partei (und der SVP, der GLP und der EVP) gegen den Vorstoss gestellt. «Mehr Lektionen füh-



ren zu signifikant besseren Leistungen», heisst es zum Beispiel in der schriftlichen Stellungnahme des Regierungsrats dazu. Und: «Jüngere Schülerinnen und Schüler sind zudem motivierter, eine Sprache zu lernen, als ältere.»

Weiter hatte die Regierung etwas unglücklich argumentiert, dass laut einer Untersuchung Aargauer Schülerinnen und Schüler mit Englisch ab der dritten Primarklasse über die besseren Englischkenntnisse verfügten als Solothurner Jugendliche, die vier Jahre später begonnen hatten, Englisch zu lernen.

Nun sind Englisch und Französisch nicht einfach so miteinander zu vergleichen. Der Kanton Zürich unterscheidet bereits seit Jahren zwischen den beiden Fremdsprachen. Die eine, die den Kindern näher ist, weil sie sie aus Filmen, Pop-Songs, Games und vom Smartphone-Slang her kennen, begegnet ihnen ab der dritten Klasse der Primarschule. Die andere, die vor allem die Erwachsenen wichtig finden, weil sie als Chiffre für den nationalen Zusammenhalt der mehrsprachigen Schweiz erhalten muss, ab der fünften. Englisch finden die Kids cool. Französisch trifft auf «pickelhaften Widerstand», wie ein prominenter FDP-Kommunalpolitiker kürzlich in einem Interview feststellte.

Aber das kümmert die Regierung nicht. Lieber halten Steiner und ihre Kollegen fest: «Es ist davon auszugehen, dass vergleichbare Effekte (wie beim Vergleich zwischen Aargauer und Solothurner Schülern) auch beim Französischunterricht zu beobachten wären.»

Kathrin Wydler liess sich von solchen Bedenken nicht beirren. Sie sagte in ihrem Votum: «Französisch ist und bleibt eine wichtige Landessprache. Aber manchmal ist weniger einfach mehr.» Eine Verschiebung des Französischunterrichts auf die Oberstufe sei auch eine Frage der Chancengerechtigkeit. «Besonders Buben tun sich in sprachlastigen Fächern schwer», sagte die Mitte-Politikerin. Ein späterer Einstieg schaffe gleichere Voraussetzungen. Und natürlich solle Frühfranzösisch in der Primarschule weiterhin möglich sein – im Rahmen der Begabtenförderung.

Ursula Junker (SVP, Mettmenstetten) begrüsst die Anwesenden kurzerhand in der zweiten Landessprache: «Bonjour monsieur le président, madame la conseillère d'état, chers collègues – kä Angscht», fuhr sie fort, sie wechselte sofort auf Schriftsprache. Die SVP-EDU-Fraktion habe nichts gegen Französisch. Für viele schweizweit tätige KMU sei Französisch im Alltag immer noch die erste Fremdsprache. «Aber wir sind der Meinung: Eine Fremdsprache in der Primarschule ist genug.» Denn: Viele Lehrer der Oberstufe beklagten die bescheidenen Französischkenntnisse, die Jugendlichen aus der Primarschule mitbrächten, sagte Junker.

Tatsächlich ist es ums Français vieler Sekundarschüler nicht besonders gut bestellt. Ein nationaler Bericht stellte Zürcher Jugendlichen kürzlich ein pitoyables Zeugnis aus. In der Kategorie Hörverstehen verfügten bloss 21 Prozent der Sek-B- und Sek-C-Schüler im Kanton über die verlangten Grundkompetenzen. Beim sogenannten Leseverstehen lag dieser Wert noch tiefer (14 Prozent). Ganz anders präsentiert sich die Lage bei den Englischkenntnissen. Dort erreichten in Sachen Hörverstehen 72 Prozent dieser Schülergruppe die Grundkompetenzen. Beim Leseverstehen waren es knapp die Hälfte (49 Prozent). Mit anderen Worten: Englisch ist nicht nur «cooler». Die Jugendlichen im Kanton Zürich können es auch viel besser als Französisch.

Für Ursula Junker und die SVP steht die Sprachendebatte für ein weiteres Problem: Der Fremdsprachenunterricht in der Primarschule beeinträchtigt auch die Leistungen in den beiden Kernfächern



Deutsch und Mathematik. «20 Prozent der Jugendlichen können nach der obligatorischen Schulzeit nicht richtig lesen oder schreiben oder einen Text auf Deutsch verstehen.»

«Where are the toilets?»

Und überhaupt, argumentierte Junker: «Als 2004 zwei Fremdsprachen auf Primarschulstufe eingeführt wurden, war die Schweiz noch eine andere.» Heute spreche wegen der «ungebremsten Zuwanderung» jedes fünfte Kind zu Hause kein Deutsch. Französisch sei für viele Kinder die fünfte Sprache, die sie lernen müssten – nach der eigenen Muttersprache, der Mundart, Hochdeutsch im Kindergarten und Englisch in der dritten Klasse. «Kein Wunder, erreicht ein beachtlicher Teil der Kinder das Mindestniveau in den Fremdsprachen nicht.»

Marc Bourgeois (FDP, Zürich) bekannte, dass es seine drei Söhne nicht hinbekämen, in einem Restaurant im Welschland auf Französisch nach der Toilette zu fragen. «Where are the toilets?» sei für sie auch nach Jahren Französisch in der Schule viel geläufiger. «That's it. Sie kriegen es nicht hin.»

Der Bildungspolitiker mit Waadtländer Wurzeln betonte, dass auch viele Lehrpersonen mit dem Frühfranzösisch haderten: In der Primarschule stimmten Aufwand und Ertrag nicht, und in der Oberstufe müssten viele Lehrer wieder von vorne anfangen. Mehr Austauschprogramme, mehr kulturelle Verständigung mit der Westschweiz und eine gezielte Förderung begabter Kinder in der fünften und sechsten Klasse seien da viel besser. Zumal die Idee des vielbemühten «Sprachbads» nicht funktioniere: Kinder in Zürich könnten vielleicht ins Englische «eintauchen». Aber auf Französisch funktioniere das nicht. «Vive le français, mais plutôt un peu plus tard!», sagte Bourgeois.

Mehr bilingualen Unterricht

Die Ratslinke hatte dem wenig entgegenzusetzen. Carmen Marty Fässler (Adliswil) versuchte es mit Zweckoptimismus: «Viele gehen gerne in den Französischunterricht», sagte die SP-Politikerin – solange dieser spielerisch und keine reine Wörtli-Lernerei sei. Warum man es nicht mit einem «innovativen» Ansatz versuche? Und ob es überall Noten brauche, wollte Fässler vom Plenum wissen.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren) betonte die eidgenössische Komponente: Französisch sei eine Landessprache, Französischunterricht sei wichtig für den nationalen Zusammenhalt. «Die entscheidende Frage ist doch nicht, ob früher oder später, sondern wie wir den Schülern Französisch beibringen.» Knüsel plädierte für mehr Projektunterricht, für bilinguale Unterrichtseinheiten und für weitere Formate: Warum nicht ein Märchen auf Französisch vorlesen? «Grammatik würde keine Rolle spielen, die Kinder würden die Sprache automatisch lernen», sagte Knüsel.

Bildungsdirektorin Silvia Steiner stützte sich vor allem auf die staatspolitische Komponente: Der Kanton Zürich spiele mit dem Feuer, wenn er vorhabe, aus dem Harmos-Konkordat mit den anderen Kantonen auszutreten und den Französischunterricht einseitig auf die Oberstufe zu verschieben. Mehr noch: Man müsse damit rechnen, dass der Bund hier intervenieren werde. Dieses Argument war zuvor auch in der Debatte zu hören. Harmos dürfe nicht dazu führen, dass Zürich reformunfähig werde, hiess es dazu aus den Reihen der FDP, die die Motion mehrheitlich unterstützte, aber nicht mitunterzeichnet hatte.



Die «Koalition der Gelassenen» setzte sich schliesslich durch. Die Motion der Mitte, der SVP, der GLP und der EVP wurde mit 108:64 Stimmen deutlich angenommen. Silvia Steiner hat nun zwei Jahre Zeit, um dem Parlament eine Vorlage zu präsentieren. Die folgenden Auseinandersetzungen mit Harmos würden noch einmal drei Jahre in Anspruch nehmen, gab die Bildungsdirektorin abschliessend zu bedenken.

Nach Zürichs Nein zum Frühfranzösisch will Baume-Schneider Gesetz ändern

Tages-Anzeiger 2. September 2025, Politik & Wirtschaft, Markus Brotschi

Streit um Sprachunterricht • Der Zürcher Kantonsrat will die Französischlektionen in der Primarschule abschaffen. Wie reagiert die zuständige Bundesrätin, und was machen die anderen Kantone? Die wichtigsten Antworten.

Der Zürcher Kantonsrat will den Französischunterricht in der Primarschule abschaffen. Er forderte die Regierung mit einer Motion auf, ihn auf die Sekundarschule und das Gymnasium zu beschränken. Begründet wurde der Schritt mit dem überladenen Lehrplan der Primarschule.

Wie reagiert der Bundesrat auf den Zürcher Entscheid zu Frühfranzösisch?

Das Innendepartement von Elisabeth Baume-Schneider nimmt den Entscheid des Zürcher Kantonsrats «mit Beunruhigung zur Kenntnis». Die Mehrsprachigkeit sei ein Wesensmerkmal der Schweiz und das Lernen einer zweiten Landessprache für den nationalen Zusammenhalt von grosser Bedeutung, heisst es in der Stellungnahme. Der Beschluss des Zürcher Kantonsrats gefährde den nationalen Sprachenkompromiss.

Wird der Bundesrat nun eingreifen?

Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) verweist darauf, dass es den Kantonen freistehe, innerhalb der Konferenz der kantonalen Bildungsdirektionen eine Neuverhandlung der Sprachstrategie zu verlangen. Für den Fall, dass die Kantone aus dem geltenden Sprachenkompromiss ausseren, droht aber ein Eingreifen des Bundes. Aus dem EDI ist zu hören, dass Bundesrätin Baume-Schneider in diesem Fall eine Ergänzung des Sprachengesetzes vorschwebt. Dort soll festgeschrieben werden, dass der Unterricht in einer zweiten Landessprache in der Primarschule beginnen muss. Sie will im Bundesrat in naher Zukunft eine Aussprache dazu führen.

Welche Kantone planen eine Abschaffung von Frühfranzösisch?

In 12 der 19 Deutschschweizer Kantone (inklusive Zürich) sind entsprechende parlamentarische Vorstösse pendent oder bereits beschlossen worden. Hängig sind die Entscheide in den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Bern, den beiden Basel, Luzern, Nidwalden, Schwyz und Zug. Bereits diesen Frühling hat Appenzell Ausserrhoden entschieden, den Französischunterricht auf Primarstufe abzu-



schaffen. Der Aargauer Grosse Rat hat beschlossen, dass Primarschulkinder nur noch Französisch lernen sollen, wenn sie in Deutsch gut genug sind.

Wie reagieren kantonale Bildungsdirektoren auf die Motion aus Zürich?

Für die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) sind die Mehrsprachigkeit und das Sprachenlernen zentrale Anliegen der Volksschulbildung. Das Erlernen einer zweiten Landessprache trage wesentlich zur nationalen Kohäsion und zum gegenseitigen Verständnis zwischen den Sprachregionen bei, teilt EDK-Präsident Christophe Darbellay mit. Die EDK werde die Herausforderungen beim Unterricht in den Landessprachen und in Englisch sowie die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten auf interkantonomer Ebene an den kommenden Sitzungen weiterdiskutieren.

Warum erwog der Bundesrat bereits vor zehn Jahren, zu intervenieren?

Vor zehn Jahren wollten der Thurgau und einige kleine Kantone Frühfranzösisch abschaffen. Damals drohte das Innendepartement unter Alain Berset mit einer Gesetzesvorlage, die alle Kantone zum Unterrichten einer zweiten Landessprache auf Primarstufe verpflichtet hätte. Die Kantone wollten damals eine solche Intervention jedoch verhindern. Der Thurgau lenkte schliesslich ein, womit ein Eingreifen des Bundes hinfällig wurde. Allerdings hielt der Bundesrat damals fest, dass der Bund die Situation neu beurteilen werde, falls «ein Kanton entscheidend von der harmonisierten Lösung in der Sprachenfrage abweicht».

Warum kann sich der Bundesrat in die kantonale Bildungspolitik einmischen?

Grundsätzlich liegt die Bildungshoheit bei den Kantonen. Allerdings verlangt die Bundesverfassung eine Harmonisierung der Lehrpläne. Dies gibt dem Bundesrat die Kompetenz, einzugreifen, falls die Kantone ihre Lehrpläne nicht abstimmen. Mit dem 2009 in Kraft getretenen Harnos-Konkordat haben sich die Kantone auf harmonisierte Lehrpläne geeinigt. Beim Fremdsprachenunterricht basieren diese auf der Sprachenstrategie, die die Kantone 2004 gemeinsam erarbeitet hatten. Die Strategie sieht vor, dass alle Kinder bis zum Ende der Volksschule zwei Fremdsprachen lernen - eine ab der 3. und eine ab der 5. Klasse.

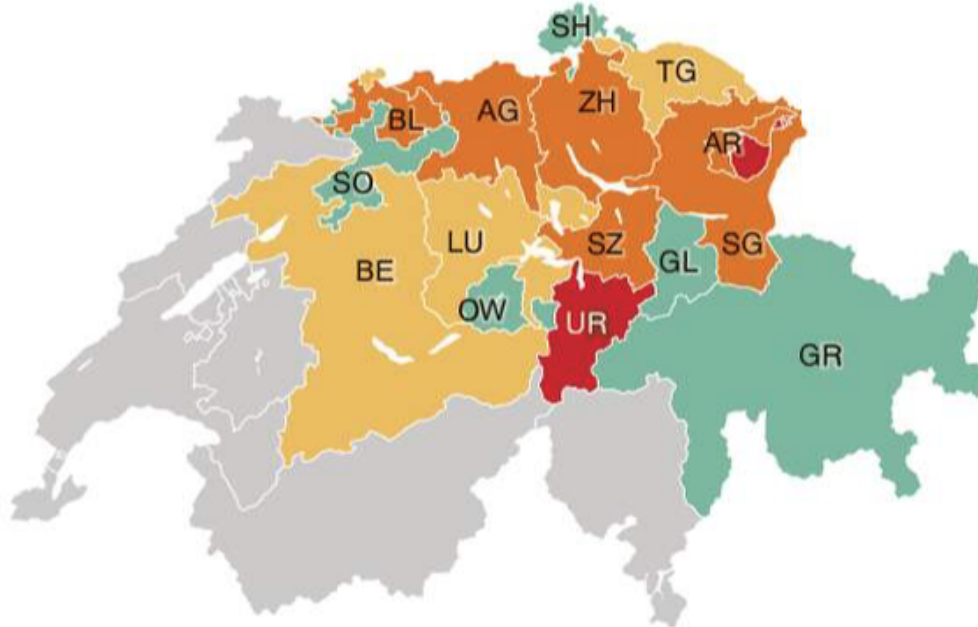
Hielten sich denn bisher alle Kantone an die Sprachenstrategie?

Mit Ausnahme von Uri und Appenzell Innerrhoden haben sich bisher alle Kantone an diese Vorgabe gehalten. Nur Uri und Innerrhoden haben Frühfranzösisch nie eingeführt. Weil es sich dabei um kleine Kantone handelt, sah der Bundesrat keinen Anlass, einzuschreiten. Über 99 Prozent der Schulkinder in der Schweiz werden gemäss dem Sprachenkompromiss unterrichtet.



Französisch-Unterricht in der Primarschule

In zwölf Kantonen in der Deutschschweiz laufen Bestrebungen, Frühfranzösisch zu kippen. Zwei haben es gar nie eingeführt.



- Französisch wird erst in der Oberstufe unterrichtet
- Bestrebungen, Französisch auf die Oberstufe zu verschieben
- Vorstösse gegen Frühfranzösisch hängig
- keine Vorstösse gegen Frühfranzösisch hängig

Grafik: can, cb / Quelle: Eigene Recherche, EDK

Frühfranzösisch bringt nichts

Tages-Anzeiger, 21. August 2025, Forum, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 16.8. «Die Politik mischt sich in die Schule ein - gut so»

Die Chefredaktorin bringt es auf den Punkt. Ja, was viele voraussagten, tritt halt jetzt ein. Man kann nicht ohne üble Folgen einen unrealistischen Lehrplan einführen, welcher zu viel will und daneben das Üben vernachlässigt. Alle Unterbrüche im Klassenzimmer wegen Störungen infolge Integrierter fressen Zeit weg, die sich im Laufe des Jahres spürbar summiert; das ist eine Tatsache und hat nichts mit dem politischen Links/rechts-Schema zu tun. Zu glauben, das Gespräch im Rahmen der ganzen Klasse mit Austausch von Gedanken und Meinungen sei obsolet, ist ein folgenschwerer Irrtum, der sich für die sprachlichen Fähigkeiten als verheerend erweist und niemals durch irgendwel-



che Apparate ersetzt werden kann. Klar, auch weitere Probleme stecken hinter der momentanen Misere, und eine besondere Rolle kommt momentan dem Handy zu. Drum ist es wirklich erfreulich, dass die Politik nun endlich näher hinschaut. Nur in einem Punkt bin ich mit Frau Birrer überhaupt nicht einig. Das Frühfranzösisch an der Primarschule bringt null und nichts und belegt auf der Stundentafel wertvolle Lektionen, die dafür eben im Deutsch fehlen. Und da sowohl vielen Kindern als auch Lehrpersonen dieses Fach mehr Lust als Frust bedeutet, schadet es dem nationalen Zusammenhalt weit eher, statt ihn zu fördern.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Qualität vor Quantität

Tages-Anzeiger, 4. September 2025, Forum, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 2.9. «Nach Zürichs Nein zum Früh-französisch will Baume-Schneider Gesetz ändern»

Als Französisch-Fachlehrerin mit jahrelanger Erfahrung auf Sekundarstufe ist mir äusserst wichtig, dass möglichst viele Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit einfache Konversationen auf Französisch führen können. Ich teile die Sorgen der Politik um die Kohäsion zwischen den Sprachregionen. Allerdings ist es doch völlig unerheblich, wie früh und wie lange eine Sprache gelehrt wird, sondern es zählt einzig und allein, dass bei Schulabgang grundlegende Sprachkenntnisse beherrscht werden. Warum ist dies heute trotz 5 Jahren Französischunterricht bei weitem nicht erreicht? Gründe sind: Für viele Kinder ist Deutsch eine noch zu wenig gefestigte Fremdsprache. Französisch wird von zum Teil nicht sehr fachbegeisterten Primarlehrpersonen unterrichtet und endet oft in lückenhaftem Halbwissen. Zu viele Kinder kommen mit einer negativen Einstellung zum «Franz» in die Oberstufe, wo alles halb Gelernte wieder aufgegriffen und die sehr unterschiedlichen Vorkenntnisse auf einen einheitlichen Stand gebracht werden müssen, was die Teen-ager zusätzlich demotiviert. Wie viel effizienter wäre es, wenn auf der Oberstufe motivierte, gut ausgebildete Lehrpersonen den Französischunterricht als neues Fach frisch aufbauen könnten mit Lernenden ohne Vorurteile! Ich bin überzeugt, dass auf diese Weise nach drei Jahren bessere Französischkenntnisse erreicht werden als im jetzigen System - und einzig darauf kommt es doch an, oder? Qualität vor Quantität.

Suzanne Weigelt, Niederhasli

In der Deutschschweiz müssen Kinder neben ihrer Muttersprache (Mundart) eh schon eine erste Fremdsprache (Hochdeutsch) lernen. Und viele kommen mit einer ganz anderen Muttersprache in die Primarschule. Französisch wird dann definitiv zur Überforderung. Wenn Kinder dann am Ende der Primarschule weder korrekt Deutsch schreiben noch richtig rechnen können, nützt es ihnen nichts, wenn sie dafür ein paar wenige Worte Französisch gelernt haben. Mein Lösungsvorschlag ist radikal und kommt aus eigener Erfahrung: Meine Frau und ich haben beide in nur einem Monat Italienisch gelernt, und dies als Erwachsene. Die Università degli Stranieri in Perugia bietet Italienischkurse für Ausländer an. Als wir dort waren, bestanden die Klassen aus etwa 50 Schülern



mit unterschiedlichsten kulturellen Hintergründen und ohne jegliche Grundkenntnisse in Italienisch, viele beherrschten nicht einmal die lateinische Schrift. Man begann, indem man dem Lehrer, der aufs Fenster zeigte, im Chor nachsprach: «la finestra», «la finestra è aperta» und «la finestra è chiusa». Nach einem Monat mit Unterricht nur am Morgen und ohne Hausaufgaben konnten sich die allermeisten ziemlich mühelos verständigen. Ich würde vorschlagen, im ersten Jahr nach der Primarschule einen ganzen Monat für einen solchen Sprachkurs in Französisch zu reservieren. Der Nachmittag könnte dann etwa mit Turnen, Musik oder Zeichnen verbracht werden, allerdings ebenfalls auf Französisch. Der reguläre Unterricht würde dann erst ab dem zweiten Monat beginnen.

Nicholas Brock, Zürich

«Schon beim Schnuppern wusste ich: Das ist es»

Tages-Anzeiger, 19. August 2025, Politik & Wirtschaft, Fabienne Riklin

Ausbildung • Zwischen Werkbank und Bildschirm, Baustelle und Labor beginnen rund 75'000 junge Menschen dieser Tage ihre Lehre. Drei erzählen von ihren ersten Schritten im Berufsleben.

Über 210'000 junge Menschen absolvieren in der Schweiz eine Berufslehre. Obwohl die Mittelschule an Beliebtheit gewinnt, entscheiden sich nach wie vor über 60 Prozent der Jugendlichen für diesen Schritt.

Lale Scirocco von der Lehrstellenplattform Yousty sagt: «Im Vergleich zu den Vorjahren hat die Lehre sogar an Beliebtheit gewonnen.» Dies zeige sich auch daran, dass gegenüber dem Vorjahr mehr Lehrstellen besetzt wurden. Aktuell sind noch rund 6285 Ausbildungsplätze offen. Die meisten davon im Detailhandel oder als Koch oder Köchin. Mitte August 2024 waren es 8523.

Angeführt wird die Rangliste der beliebtesten Stellen auch dieses Jahr von der kaufmännischen Lehre, dicht gefolgt von Informatik, Detailhandels und Betreuungsberufen. Bei jungen Frauen sind neben dem KV medizinische oder soziale Berufe hoch im Kurs. Attraktiv für junge Männer sind neben dem KV vorwiegend technische Berufe. Und während etwa im Kanton Zug vermehrt Informatikberufe dominieren, sind es in der Westschweiz eher Pflege und Betreuungsberufe.

Drei Jugendliche aus verschiedenen Lehrjahren erzählen, wie sie die Berufswahl getroffen haben, wie es ihnen beim Start ergangen ist und wie es ihnen heute in der Ausbildung geht:

Elin Stalder (15) Fachfrau Gesundheit

«So hatte ich mir den Lehrstart als Fachfrau Gesundheit vor wenigen Tagen nicht vorgestellt. Statt am Bett von Senioren zu stehen, lag ich mit einer akuten Blinddarmentzündung selber im Spital.

Ich absolviere die Lehre im Bethesda Alterszentrum Allmendguet in Thun. Die Langzeitpflege hat mir schon immer gefallen. Älteren Menschen etwas Gutes zu tun, macht mir Freude. Mein Urgrosi habe ich oft im Altersheim besucht und die Zeit dort mit ihr immer sehr genossen. Aber ich habe



auch Respekt davor, wenn die erste Person aus dem Allmendguet stirbt, die mir ans Herz gewachsen ist.

Auch noch etwas Bauchweh macht mir meine Dyskalkulie. Wegen der Rechenschwäche habe ich beispielsweise Mühe, wenn ich Masseinheiten umrechnen muss. Gerade bei der Dosierung von Medikamenten kann das wichtig sein. Doch ich habe dies bereits beim Schnuppern kommuniziert. Umso mehr hat es mich dann gefreut, dass sie mich trotzdem genommen haben.

Eine Lernstörung ist keine Frage von mangelnder Intelligenz oder Faulheit. Sie ist neurologisch bedingt. Deshalb werde ich nach Bedarf in der Berufsschule einen Nachteilsausgleich anfordern - wie dieser aus- sehen wird, ist noch offen. Je nach Fragestellung benötige ich Hilfsmittel wie Umrechnungstabellen und Formeln.

Die Störung ist auch ein Grund, warum ich mich freue, dass die Schule endlich vorbei ist und ich in der Arbeitswelt beweisen kann, was ich draufhabe. Ich möchte als ganzer Mensch gesehen und nicht auf meine Dyskalkulie beschränkt werden - sie ist trotz der Einschränkung nur ein kleiner Teil von mir.

Und wenn es mit den verschiedenen Schichten streng wird, dann weiss ich, dass ich beim Reiten wieder Energie tanken kann. Und vielleicht kann ich mir mit meinem ersparten Lehrlingslohn gegen Ende der Ausbildung einen eigenen Freiburger leisten.»

Rebeca Barcenaz Perez (17) Solarinstallateurin

«Schon beim Schnuppern wusste ich: Das ist es. Als Kind bin ich auf jedes Klettergerüst und jeden Baum geklettert. Je höher, desto besser. Schwindelfrei zu sein, reicht aber nicht für die Lehre als Solarinstallateurin. Man muss auch gerne draussen arbeiten und sich für Technik interessieren. Diese Ausbildung ist ganz neu und gibt es erst seit vergangenem Jahr. Für mich ein Glücksfall.

Denn als es darum ging, eine passende Lehrstelle zu finden, war ich ziemlich verloren. Nichts pass- te wirklich. Bis mich ein Kollege auf die neue Lehre aufmerksam machte. Vor wenigen Tagen hat für mich das 2. Lehrjahr bei der Firma Helion am Standort Rothenburg LU begonnen. Wir sind drei Teams und rund zehn Monteure.

Ich bin die einzige Frau. Eine Sonderbehandlung will ich deswegen nicht. Aber die ersten Wochen in der Lehre waren hart. Abends war ich fix und fertig und wollte nur noch schlafen. Ich verstehe daher den Vorstoss, dass Lernende insbesondere im ersten Lehrjahr mehr als nur fünf Wochen Feri- en haben sollten. Der Bruch zwischen Schule und Lehre ist ziemlich abrupt.

Mittlerweile habe ich aber wieder Energie für Hobbys. Und das Gym brauche ich auch nicht mehr. Die Kraft, um die Panels zu tragen, kam von allein. Besonders freue ich mich, dass ich im neuen Lehrjahr noch mehr Installatio- nen auf Steildächern machen und in der Schule Schwerpunktfächer in Solartechnik belegen kann.

Überhaupt möchte ich schulisch weiter gut bleiben, damit es dann in einem Jahr mit dem Abschluss klappt. Mein Ziel ist es, irgendwann selbst eine Solarinstallationsfirma zu gründen. Vielleicht auch in Spanien, der Heimat meines Vaters. Dort gibt es noch eine Menge Dächer ohne Panels.»



Leandro Schlatter (19) Automobilfachmann

«Schon als Kind habe ich Stunden mit meinem Vater an Autos rumgeschraubt. Dass ich Automobilfachmann werden möchte, war immer klar. Bei der Thalberg-Garage in Schaffhausen bekam ich die Lehrstelle. Ich habe mich riesig gefreut, doch der Allgemeinbildungsunterricht in der Berufsschule war für mich sehr stressig.

Deshalb beschloss ich zusammen mit meinem Lehrmeister, in die zweijährige Lehre als Automobilassistent zu wechseln. Das ist eine kürzere Lehre mit einem Berufsattest. Der Entscheid war richtig. Diesen Sommer habe ich erfolgreich abgeschlossen. Jetzt nehme ich noch das eidgenössische Fähigkeitszeugnis in Angriff. Weil ich eine Vorlehre habe, sollte ich diese in zwei Jahren in den Händen halten.

Eines Tages möchte ich die Garage meines Vaters übernehmen. Er hat sich auf US-Cars spezialisiert. Mit ihm reise ich schon bald für zwei Wochen nach Kanada, um Autos einzukaufen. Dass dabei ein Teil meiner fünf Wochen Ferien draufgeht, macht mir nichts.

Autos sind für mich das Grösste. Bereits mit 14 habe ich angefangen, für einen ersten Dodge zu sparen. Statt mit dem Bus bin ich überallhin mit dem Velo gefahren. Auch war ich nicht so oft im Ausgang. Mittlerweile konnte ich einen zweiten Dodge Charger R/T kaufen. Den ersten rüste ich jetzt für die Rennstrecke auf. Was mir mein Vater früh beigebracht hat: Wenn du Gas geben möchtest, dann geh dorthin.

Niemand stört sich am Lärm, und wenn du dich überschätzt, landest du im Kiesbett oder an der Leitplanke und gefährdest keine Kinder, Velofahrer oder andere Lenker. Als ich beim Pannendienst aushalf, habe ich gesehen, wie schnell es zu schlimmen Unfällen kommen kann. Das möchte ich nicht erleben.»

Die höhere Berufsbildung wird unterschätzt

NZZ, 14. August 2025, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Rudolf Strahm

Fachkräftemangel herrscht vor allem an mittleren Kadern mit Berufslehre und höherer beruflicher Weiterbildung. Die Reputation spielt dabei eine Rolle, dringlich wäre eine Aufwertung der Abschlüsse. Gastkommentar von Rudolf Strahm

Es gibt rund 440 spezialisierte Abschlüsse der höheren Berufsbildung (HBB). Aber wer kennt schon diese eidgenössischen Weiterbildungsstufen, die den Anschluss an die Berufslehre und die weitere Karriere sicherstellen? Doch nun gelangt diese weitherum verkannte Fachqualifikation in den parlamentarischen Fokus. Der Bundesrat schlägt in seinem Massnahmenpaket zur Stärkung der höheren Berufsbildung eine Titelaufwertung der Abschlüsse mit dem «Professional Bachelor» und dem «Professional Master» vor, wie ihn Deutschland und Österreich seit Jahren kennen. Alle Wirtschaftsverbände von rechts bis links sind dafür; doch die Swissuniversities bekämpfen die Titelaufwertung aus standespolitischen Gründen.



Obschon sie ausserhalb der Branchen wenig bekannt sind, verhelfen die jährlich rund 29 000 HBB-Abschlüsse (2024) den Absolventen der Berufslehre zu einem weiteren Schritt in ihrer Berufskarriere, und – wichtiger noch – sie liefern das tragende mittlere Kader für die KMU-Wirtschaft.

Entscheidend bei Berufswahl

Ein wichtiger Grund für die gesellschaftliche Ignoranz gegenüber der HBB ist die Vielfalt der Abschlüsse mit rund 440 spezialisierten Berufsbezeichnungen. Es fehlt ein übergeordneter, einprägsamer Titel. Demgegenüber kennt man in der Berufslehre die Titel EFZ für das eidgenössische Fähigkeitszeugnis nach drei oder vier Jahren Lehrzeit und EBA für das Berufsattest nach zwei Jahren. Auf den Hochschulstufen kennt man die exklusiven, einprägsamen Titel des Bachelors, des Masters und bei universitären Abschlüssen des Doktors.

Die formalen Abschlüsse der höheren Berufsbildung sind eidgenössisch anerkannt und geschützt und werden in der Bildungssystematik zur Tertiärstufe gezählt. Es gibt diese drei gesetzlich geregelten HBB-Abschlüsse: Die eidgenössische Berufsprüfung (BP) führt zum Fachausweis. Die eidgenössische höhere Fachprüfung (HFP), das ist die frühere Meisterprüfung, führt zum eidgenössischen Diplom (oder Meister). Und die höhere Fachschule (HF) – oft verwechselt mit der Fachhochschule (FH) – führt zum Diplom HF. Diese drei HBB-Bildungsgänge sind, nur mit Ausnahme einiger öffentlicher HF, ein Mehrfaches teurer als die Semestergebühren an den öffentlichen Universitäten und Fachhochschulen. Nun will der Bundesrat neben anderen Besserstellungen für die sichtbare Reputation dieser drei Tertiärabschlüsse den Titelzusatz «Professional Bachelor» und für die Topweiterbildungen den «Professional Master» aufwerten, sichtbar machen und schützen.

Die Bekanntheit von Berufstiteln ist entscheidend bei der Berufswahl. Gerade Eltern von Jugendlichen sind angesichts des begehrten und gepushten Gymi- und Universitätszugangs umgetrieben von der Richtungswahl: «Gymnasium oder Lehre?» Sie fragen die Berufsberaterin nach der Berufskarriere: «Was ist man dann nach der beruflichen Weiterbildung? Wie lautet der Titel?»

Die Titelfrage ist in den letzten Jahrzehnten immer stärker wegweisend für die gesellschaftliche Reputation geworden. Man lese nur die phantasievollen Wortschöpfungen bei Stellenausschreibungen! Manche Expats-Eltern, die das durchlässige schweizerische Bildungssystem mit dem Prinzip «Kein Abschluss ohne Anschluss» nicht kennen, kritisieren häufig die mangelnden Maturitätsangebote in der Schweiz, und sie machen besonders auch im Kanton Zürich Druck für mehr Gymnasiumsplätze.

Es geht aber nicht nur um die gesellschaftliche Reputation und Bekanntheit der höheren Berufsbildung. Vielmehr spricht der Fachkräftemangel dafür, dass heute alle Wirtschaftsverbände die Titelaufwertung der HBB-Abschlüsse dezidiert befürworten. Fünf Gründe stehen aus wirtschaftlicher und arbeitsmarktlischer Sicht im Vordergrund.

Erstens: Die Absolventen von höheren Berufsbildungsabschlüssen und in etlichen Branchen auch jene von Fachhochschulen sind zahlenmässig die meistbegehrten Fachkräfte, wie die BFS-Unternehmensbefragungen zeigen. Es sind die gefragten mittleren Kaderpersonen, Meister, Teamchefs, Techniker und Poliere, die sowohl von der Berufslehre die praktischen Fähigkeiten von der Pike auf (Skills) als auch von der höheren Berufsbildung das höhere technische Fachwissen (Knowledge)



mitbringen. Sie können Praxisteams selbständig führen wie auch Offerten und technische Kalkulationen berechnen. Die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) hat in Langzeitauswertungen von Berufsindikatoren gezeigt, dass HBB-Absolventen die tiefsten Arbeitslosenquoten und die höchsten Beschäftigungsquoten vorweisen – und eine signifikant bessere Arbeitsmarktfähigkeit als die Berufslehre- und Universitätsabsolventen.

Zweitens: Die Ausbildungsgänge der höheren Berufsbildung werden aufgrund der Vorschläge der Berufsverbände und Organisationen der Arbeitswelt (OdA) festgelegt. Sie werden mindestens alle fünf Jahre überarbeitet und aufgrund der Unternehmensbedürfnisse ständig am Arbeitsmarkt und an den neuen Technologien ausgerichtet. Damit werden sie für Arbeitgeber transparent. Dies im Gegensatz zu den nonformalen Weiterbildungsabschlüssen wie CAS, DAS, MAS der Universitäten und Fachhochschulen, die von diesen Institutionen frei gestaltet und oft als intransparent empfunden werden.

Technologie-Diffusion

Drittens: Die HBB-Weiterbildungen sind mehrheitlich berufsbegleitend und modularisiert mit Teilzeitpensen möglich. Das erlaubt Berufsleuten mit einem EFZ, ohne Berufsmaturität noch mit 25, 30 oder 40 Jahren berufsbegleitend karrierefördernde Weiterbildungen – oft auf Anregung ihrer Arbeitgeber – zu absolvieren und zu Kaderpositionen aufzusteigen. Sie erwerben Kenntnisse zu neuen Technologien, die es vor zehn Jahren noch nicht gab. Oft sind die Lehrpersonen selber im Kader in der Privatwirtschaft, und diese haben den Ehrgeiz, die neusten Methoden und Techniken zu vermitteln. Im Energiebereich sind es zum Beispiel die Innovationen in Solar-, Sensor-, Wärmepumpentechniken und Gebäudeautomation. Im Rechnungslegungsbereich sind es die neuen Controlling-, Steuer- und Bilanzierungspraktiken sowie Treuhandexpertisen. Im Pflegebereich sind es die Innovationen bei der Operationsassistenten, der Radiologie oder den bildgebenden Diagnoseverfahren. Kurz: Über die höhere Berufsbildung läuft die wirksamste Verbreitung neuester Technologien. Die HBB-Absolventen sind die häufigsten «Technologie-Diffusions-Agenten» in der KMU-Wirtschaft.

Viertens: Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat im Vorfeld der Titeldiskussion alle Berufslehre- und HBB-Abschlüsse aufgrund des nationalen Qualifikationsrahmens, der sich an den europäischen Rahmen anlehnt, zugeordnet. Bei den Hochschulen sind die Bachelor auf Stufe 6, die Master auf Stufe 7 und das Doktorat auf Stufe 8 zugeordnet, ungeachtet der evaluierten Kompetenzen. Nun zeigte das SBFI, dass manche HFP- und HF-Abschlüsse im Kompetenzprofil auf Stufe 7 (wie Uni-Master) eingereiht werden können. Einige Top-HBB-Abschlüsse, wie etwa die dipl. Treuhandexperten, dipl. Wirtschaftsprüfer, dipl. Steuerexperten, sind sogar kompetenzmässig mit Stufe 8 kompatibel – was dem Doktorat entspricht. Es kommt vor, dass unkundige HR-Leute beispielsweise einen 22-jährigen Absolventen eines Bachelorstudiums an einer deutschen Hochschule einem erfahrenen 32-jährigen dipl. Experten für Rechnungslegung und Controlling als Chef vorsetzen, nur weil er einen akademischen Titel in die Bewerbung setzen konnte.

Fünftens: Die Internationalität von Berufen, etwa im Hotellerie-, Informatik-, Logistik- oder Textilbereich, erzwingt heute geradezu eine international vergleichbare Titeläquivalenz der schweizeri-



schen HBB-Abschlüsse. Dies hat beim Bundesrat und danach auch im SBFI zum Umdenken geführt – das SBFI hatte sich in Anlehnung an Swissuniversities lange widersetzt.

Es ist eine Tragik (und ein Ärger), dass sich eine international ausgerichtete schweizerische Textilfachschule mit einer zweitrangigen englischen Privatuniversität zusammentun muss oder dass sich eine hiesige internationale Hotelfachschule an eine branchenfremde Fachhochschule anlehnen muss, damit diese für ihre spezialisierten, praxiserfahrenen HBB-Absolventen den europäischen Bachelor-Titel über Umwege verleihen dürfen. Solche Missstände hätten längst behoben werden müssen. Solche Selbsthilfeaktionen von Schulen oder Verbänden sind unerwünscht, wenn auch verständlich. Es ist zu hoffen, dass nun in den bevorstehenden parlamentarischen Beratungen dem standespolitischen Dünkel der Hochschulen zum Trotz die Titeläquivalenz zur Anerkennung und Aufwertung gelangt. Im Grunde geht es auch um eine Wertschätzung der Anwendungskompetenzen und der praktischen Intelligenz. Für die Zukunft des schweizerischen dualen Berufsbildungssystems ist die Aufwertung der höheren Berufsbildung matchentscheidend.

Rudolf Strahm war SP-Nationalrat und eidg. Preisüberwacher. Er hat bei der Berufsbildungsreform 1995–2003 mitgewirkt, 25 Jahre bei der universitären Berufsberaterausbildung unterrichtet und 7 Jahre den Schweizerischen Verband für Weiterbildung (SVEB) präsiert. Er ist Autor von «Die Akademisierungsfalle» (2014) und «Karriere mit Berufsbildung» (2023).

«Die Bürokratie dominiert zunehmend»

NZZ, 16. August 2025, Schweiz, Mathias Binswanger

Der Ökonom Mathias Binswanger kritisiert, dass Schweizer ihren Wohlstand nur noch verwalten. Die eigentliche Arbeit machten die Ausländer, sagt er im Gespräch mit Sebastian Briellmann

Herr Binswanger, sind wir Schweizer faul geworden?

So würde ich das nicht sagen. Aber es hat in Bezug auf Arbeit ein Wandel stattgefunden. Viele fragen sich: Warum soll ich noch mehr arbeiten? Ich bin bereits im Wohlstand aufgewachsen. Mehr geht nicht. Auch meine Kinder können es nicht mehr besser haben. Darum stellt man sich die Frage: Wie führe ich ein gutes Leben? Zum Beispiel mit mehr Freizeit. Rein ökonomisch gedacht, ist die Wahl von mehr Freizeit richtig, wenn ich dadurch meinen persönlichen Nutzen maximiere.

Das mag, individualistisch gedacht, aufgehen. Aber kann sich eine Gesellschaft das leisten?

Wir leben nach wie vor besser als in fast allen anderen Gegenden der Welt. Aber es gibt Herausforderungen. Wenn für jede Arztstelle drei Ärztinnen ausgebildet werden müssen, dann führt dies zu einer Gesellschaft mit vielen gut und teuer ausgebildeten Menschen, die aber nur wenig arbeiten. Trotzdem funktioniert dies in der Schweiz noch relativ gut, weil wir eine sehr hohe Erwerbstätigenquote haben. Ein höherer Wert als in fast allen anderen Ländern. Es gibt aber auch noch einen anderen Punkt: Schweizer verzichten immer mehr auf Tätigkeiten, die wenig prestigeträchtig sind. Das beste Beispiel ist der Ingenieur.



Wie bitte? Ein Ingenieur hat keinen guten Ruf?

Einen guten Ruf schon, aber nur wenig Prestige. Seit Jahrzehnten will man mehr Ingenieure ausbilden, sie werden von der Wirtschaft stark nachgefragt. Aber es ist ein chancenloses Unterfangen. Für Schweizer Jugendliche gibt es wenig Gründe, sich für einen Beruf zu begeistern, der ein hartes Studium verlangt, geringes Sozialprestige hat und nicht einmal besonders gut bezahlt ist. Und dann kommt die Geschlechterfrage hinzu.

Die Schweiz schafft es nicht, Frauen für Mint-Fächer zu begeistern.

Ja. Das ist aber kein Vorwurf an die Frauen. Wo liegt der Anreiz, Fächer zu studieren, die keinen Glamour haben und bei denen man schnell als Nerd gilt? Es passiert das Gegenteil, es findet eine Feminisierung der Männer statt. Diese wollen zunehmend auch keine Mint-Berufe mehr ergreifen, sondern lieber Top-Manager werden. Bleiben wir beim Beispiel des Ingenieurs: Der Lohn ist nicht besonders hoch, weil sich dieser aus dem internationalen Wettbewerb ergibt. Also holen die Unternehmer lieber einen günstigen und gut ausgebildeten Ausländer. Das ist übrigens bei den Ärzten ähnlich. Darum erleben wir, was ich eine Luxemburgisierung nenne.

Was meinen Sie damit?

Die Verwaltung des Wohlstands. Die Einheimischen arbeiten in der Verwaltung – und haben dort gut bezahlte Jobs. Die eigentliche Arbeit wird von Ausländern gemacht.

Also konzentriert sich alles im Staat?

Nein, keineswegs. Die Bürokratisierung erfasst sowohl den Staat als auch die Privatwirtschaft. Auch in der Privatwirtschaft gibt es immer mehr verwaltende Jobs.

Ist diese Verwaltung des Wohlstands ökonomisch sinnvoll?

Kurzfristig profitiert man von dieser internationalen Arbeitsteilung. Langfristig betrachtet ist es jedoch gefährlich. Wenn wir nur verwalten, verlieren unsere Arbeitskräfte wertvolle Fähigkeiten – und so bleiben wir nicht das innovative Land, das wir noch sind.

Was heisst das konkret?

Dass wir uns eine Leistungsgesellschaft vorgaukeln, in der Leistung in Wirklichkeit gar nicht grossgeschrieben wird. Wir sind ja überzeugt, dass viele Schweizer in tollen, innovativen Unternehmen arbeiten. Die Firmen sind das auch – aber die Jobs, die Einheimische bekleiden, haben oft wenig mit innovativen Leistungen zu tun: Sie arbeiten im Controlling, in der Zertifizierung, im Compliance. Das ist nicht so grossartig, wie man es sich vorstellt. Bei vielen Jobs ist es schwierig, einen tieferen Sinn zu finden.

Wie konnte es so weit kommen?

Das beginnt schon bei unserem Bildungssystem. Einerseits setzt man Jugendliche unter Druck, möglichst zu studieren, weil sie sonst angeblich keine Chance auf einen guten Beruf mehr haben. Gleichzeitig muss man aber die effektiv verlangte Leistung an Fachhochschulen und Universitäten senken, weil sonst ein steigender Anteil gar keinen Bachelor oder Master erreichen würde.

Das klingt paradox.

Ja, es ist ein Paradox. Wir meinen, wir müssten mehr leisten, dabei geht die Leistung schleichend zurück, indem weniger verlangt wird. Die härteren Fächer werden aus dem Curriculum gedrängt.



Und anstatt anspruchsvoller Prüfungen gelten zunehmend Gruppenarbeiten und Präsentationen als Leistungsnachweise.

Aber es ist doch wahr, dass gerade Jugendliche und junge Erwachsene immer überforderter sind, Burnouts zunehmen, psychische Probleme sowieso. Das klingt eher danach, dass die Ausbildung anspruchsvoller wird.

Subjektiv empfinden sie es oft so, weil sie persönlich überfordert sind. Sie wurden zu einem Studium gedrängt! Und es gibt noch einen anderen wichtigen Punkt. Menschen sehen oft den Sinn ihrer Tätigkeit nicht mehr, sind aber gleichzeitig unter Dauerstress, dieses Projekt zu beenden, jenen Bericht oder jene Strategie fertigzustellen. Dabei fragt man sich: Wozu soll ich mich abrackern für Dinge, die mich nicht begeistern?

Die Lehrpläne sind doch so abgestimmt, dass eben nicht mehr die reine Lehre abgefragt wird, sondern Kompetenzen gefragt sind, die dann später direkt im Beruf angewandt werden können.

Die heutige Mode der ausschliesslichen Kompetenzorientierung ist ein Problem. Der Lehrplan 21 hat Tausende solcher Kompetenzen, ist aber grossenteils ein Potemkinsches Dorf. Ein Beispiel, was von 12- bis 14-Jährigen in der Wirtschaft erwartet wird: Schüler erwerben Kompetenzen für die verantwortungsvolle Mitgestaltung einer gegenwärtigen und zukünftigen Welt für alle. Toll! Nur was heisst das konkret? Sobald man sich von der Metaebene der formulierten Kompetenzen in die reale Welt begibt, werden solche Kompetenzen zum Wunschtraum. Da muss man froh sein, wenn ein rudimentäres Verständnis darüber vorliegt, wie ein Markt funktioniert.

Die Bildungsreformer sind überzeugt, dass Kompetenzen wichtiger sind als Wissen.

Ich weiss, aber ich halte das für einen fundamentalen, ja gefährlichen Irrtum. Kompetenzen im klassischen Sinn – also etwas können – hat man nicht ohne Grundwissen. Und wer sie anwenden will, muss denken. Wenn ich aber nichts weiss, keine Fakten im Gehirn habe, die ich abrufen kann, dann kann ich nicht sinnvoll denken. Dass Wissen vernachlässigt, dessen Wichtigkeit heruntergespielt wird, weil man ja alles nachschauen kann: Das führt zu Pseudo-Kompetenzen, die mehr Schein als Sein sind.

Das stimmt doch nicht. Heute heisst es aus den Hochschulen, dass die Studenten grosse Fortschritte machten, wenn es um den Auftritt gehe. Das ist im Berufsleben entscheidend.

Ja, die Präsentationen und Auftritte sind heute gut, aber dafür wird der Inhalt in den Hintergrund gedrängt. Dann spielt es auch keine Rolle mehr, wenn eine Bachelorarbeit mit Chat-GPT zusammengekleistert werden kann.

Jetzt übertreiben Sie.

Schön wäre es. Aber schriftliche Arbeiten sind zum Teil einfach lästige Pflichtübungen, die man mit möglichst wenig Aufwand erledigen möchte, da sie für die spätere Tätigkeit gar nicht relevant sind. Wenn ich genauer nachfrage, fehlt sofort das Wissen.

Sind auch Ihre Prüfungen einfacher geworden?

Nein, die sind mehr oder weniger gleich geblieben. Generell verlieren aber die sogenannten harten Fächer an Bedeutung. Heute gibt es Studenten, die Vollzeit arbeiten und gleichzeitig Vollzeit studieren. Gewisse Lehrgänge kann man absolvieren, ohne je anwesend zu sein. Ich sage es so drastisch,



weil es wahr ist: Man kann in gewissen Fällen den Bachelor erlangen, ohne die Inhalte wirklich zu verstehen. Dadurch wird die Hochschulbildung entwertet.

Sie nennen solche Akademiker heute «Fachmenschen ohne Geist». Eine Begrifflichkeit, die vor hundert Jahren von Max Weber geprägt worden ist. Kann man nicht sagen: alles nicht so schlimm, alles schon immer so gewesen?

Nein, es ist heute anders. Weber hat zwar schon damals über die Zunahme der Bürokratie geschrieben, aber mit dem Fachmenschen ohne Geist meinte er vor allem den klassischen Arbeiter, etwa einen Fliessbandarbeiter, der ein Rädchen im Uhrwerk der Produktion darstellt. Heute finden wir den Fachmenschen ohne Geist vor allem am Bildschirm – als funktionierendes Tool einer Controlling-Bürokratie.

Oftmals haben diese Bürokraten das Sagen in einem Unternehmen.

Ja, die Bürokratie dominiert zunehmend. In einer Bank braucht es immer weniger Finanzanalysten, denn deren Arbeit erledigt jetzt die KI. Dafür wächst die Compliance-Abteilung unaufhaltsam. Sie sehen: Das Idealbild unseres Wirtschaftssystems ist, anders als behauptet, eben nicht der Homo oeconomicus, der mit neuen Ideen glänzt und für schöpferische Störung sorgt, sondern der Fachmensch ohne Geist.

Der Homo oeconomicus ist doch genau der Typ, der an eine Hochschule gehört?

Ja, natürlich braucht es eine kleine innovative Elite, die für schöpferische Zerstörung durch Innovationen sorgt. Alle reden von Ideen und Innovation, aber in Wirklichkeit wird etwas anderes gefördert. Belohnt wird in vielen Organisationen derjenige, der alles vorschriftsgemäss erledigt und dem man keine Fehler vorwerfen kann.

Es gibt immer mehr Studenten, gerade an den Fachhochschulen. Ist das auch die Schuld der Wirtschaft, die immer höhere Qualifikationen für ihre Jobs verlangt?

Ja, aber sie reagieren nur auf einen Teufelskreis, in dem wir uns befinden. Weil die Anforderungen in vielen Berufen steigen, glaubt man, höhere Qualifikationen für ausgeschriebene Stellen verlangen zu müssen. Dies führt dazu, dass sich die Berufschancen für Menschen mit einer Berufslehre verschlechtern. Also streben auch Jugendliche mit guten handwerklichen oder technischen Fähigkeiten eine akademische Ausbildung an. Dadurch wird es schwierig, weiterhin gute Lehrlinge zu finden. Darauf reagieren Unternehmen, indem sie höhere Qualifikationen verlangen, was dazu führt, dass noch mehr studieren und die Qualität der Lehrlinge noch weiter zurückgeht.

Muss man deswegen konstatieren, dass die Einführung der Fachhochschulen ein Fehler war?

Nein, sie sind eigentlich eine gute Idee, da sie das Bildungssystem durchlässig machen. Heute kann man mit einer Berufslehre ohne Probleme ein Studium an einer Fachhochschule absolvieren. Das sollte die Berufslehre eigentlich aufwerten. Aber stattdessen wird sie zunehmend zu einer Ausbildung zweiter Klasse. Kommt dazu, dass in verschiedensten Bereichen eine teilweise groteske Akademisierung gefördert wird. So muss ein künftiger Hauswart heute Facility-Management studieren.

Das klingt nicht mehr nach unserem erfolgreichen dualen Weg, für den uns die ganze Welt bewundert.

Natürlich nicht. Bei uns hiess es mal: Nicht der Tellerwäscher wird zum Millionär, sondern der Lehrling kann zum CEO werden. Die Hochschulen waren früher nicht der singuläre Königsweg. Da



müssen wir wieder hin. Nicht die Weiterbildung per se soll belohnt werden, sondern die gute Leistung in der Praxis.

Mathias Binswanger Professor für Volkswirtschaftslehre, Fachhochschule Nordwestschweiz

Veranstaltungshinweis

Geboren im falschen Körper? Geschlechtsdysphorie bei Kindern und Jugendlichen

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mi. 24. September 2025, 18:30

Geboren im falschen Körper? Geschlechtsdysphorie bei Kindern und Jugendlichen

Referenten: Dr. med. Melanie Hess (Endokrinologin, Universitätskinderklinik beider Basel UKBB)

Dr. med. Alexander Korte (Kinder- und Jugendpsychiater, München)

Einführung Dr. med. Oswald Hasselmann (Leitender Arzt Ethik am OKS)

Datum: Mittwoch, 24. September 2025

Zeit: 18.30 – 20.30 Uhr

Ort: OST – Ostschweizer Fachhochschule
Rosenbergstrasse 59
(beim Bahnhof)
9000 St. Gallen
grosser Plenarsaal, Parterre

[Mehr...](#)

